

Beiräte fordern, Senat setzt ein

Runder Tisch A 281 für Januar geplant

VON MARIO ASSMANN

Obervieland-Neustadt. Die Beiräte Obervieland und Neustadt können zufrieden sein: Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) und Bausenator Reinhard Loske (Grüne) haben jetzt angekündigt, Mitte Januar einen Runden Tisch mit den weiteren Planungen zur A 281 einzusetzen. Zuvor hatten besagte Beiräte die Schaffung eines solchen Gremiums gefordert. Der Hintergrund: Das Bundesverwaltungsgericht hat im vergangenen Monat zu dem Autobahn-Projekt geurteilt und klagenden Bürgern weitgehend recht gegeben.

Nach den Vorstellungen des Beirats Obervieland soll der Runde Tisch in die Überarbeitung der Bauabschnitte 2.2 und 5 beziehungsweise B 6 neu einbezogen werden, öffentlich tagen und sich unter anderem aus den Beiräten Obervieland und Neustadt sowie der Vereinigung der Bürgerinitiativen zusammensetzen. „Die Ergebnisse des Runden Tisches müssen in eine Überplanung oder gegebenenfalls Neuplanung einfließen“, heißt es im einstimmig gefassten Beiratsbeschluss. Vom Bauressort war inzwischen zu erfahren, dass nicht nur die Behörden, Beiräte und Anwohnerinitiativen teilnehmen sollen, sondern auch Handelskammer, Bürgerchaftsfraktionen und Spediteure vom Güterverkehrszentrum (GVZ).

Auch der Neustädter Beirat hat sich für einen Runden Tisch ausgesprochen – und sieht seine eigene politische Position bestätigt. Die A 281-Strecke und die Gestaltung des Autobahnknotens Huckelriede seien in der vorgesehenen Form weder vertretbar noch durchsetzbar, heißt es seitens des Beirats. Die Bundesrichter hätten klar gemacht, dass sich Stückwerkplanung verbiete; der Bauabschnitt 2.1 mit der „beschlossenen, aber nicht gebauten“ vierspurigen Auf- und Abfahrt Neuenlander Ring und der Bauabschnitt 5 mit der Abschlussoption unter dem Flughafen hindurch müssten bei der Planung des Bauabschnitts 2.2 einbezogen werden.

Der Beirat sieht mit dem Gerichtsurteil die Voraussetzung dafür gegeben, die fehlenden A 281-Teilstücke anwohnerverträglich, inhaltlich und zeitlich verknüpft zu planen. „Ausdrücklich zu begrüßen“ sei es, kämen die Beteiligten zu einem Gespräch über Zusammensetzung und Auftrag des Runden Tisches zusammen. Das Ziel aus Sicht der Kommunalpolitiker: Die Schließung des Autobahnringes – abgesetzt von Wohn- und Siedlungsräumen, ohne Enteignung der letzten Bauernhöfe an der Neuenlander Straße. „Die Planungen sollen nicht der Gesellschaft DEGES überlassen werden, die dem Land Bremen nicht nur einen monetären, sondern vor allem auch einen Imageschaden zugefügt hat“, mahnt der Neustädter Beirat an.

Das Kommunalparlament will die vierspurige Auf- und Abfahrt vom Abschnitt 2.1 auf die Neuenlander Straße „unverzüglich“ realisiert sehen: „Damit wären die drängendsten Verkehrsprobleme vorerst behoben.“ Es entstünde eine kreuzungsfreie Strecke vom GVZ zur Autobahn 1. Dies entlaste die Menschen westlich des Kirchwegs von Lärm und Dreck, auch die Wirtschaftsverkehre profitierten von dieser Lösung. Beiratsmitglied Ingo Mose (Grüne) meint: „Ich bin überzeugt, jetzt kommt etwas anderes heraus als das, was man uns bislang zumuten wollte. Aber ohne ein Instrument wie den Runden Tisch geht das nicht.“ Für das Gremium macht sich auch Jens Oppermann (SPD) stark: „Wir sollten im engen Schulterschluss mit den Bürgerinitiativen arbeiten.“